



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

FRAKTION IM STADTRAT
SANKTAUGUSTIN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FRAKTION SANKT AUGUSTIN MARKT
1, RATHAUS, 53757 SANKT AUGUSTIN

Markt 1, Rathaus,
53757 Sankt Augustin

Tel.: 02241-243287
Fax: 02241-24377287

Mail: info@gruene-sanktaugustin.de
<http://www.gruene-sanktaugustin.de>

Sankt Augustin, 04.02.2026

Rede von Bernd Heistermann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Sankt Augustin zum Haushalt 2026

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
und nicht zuletzt sehr geehrte Einwohnerinnen und Einwohner von Sankt Augustin,

der Haushalt 2026 unserer Stadt wird in einer Zeit außergewöhnlicher Unsicherheit aufgestellt. Die internationale Ordnung gerät zunehmend ins Wanken, und auch in unserem Land stehen Demokratie, sozialer Zusammenhalt und das Vertrauen in staatliches Handeln unter erheblichem Druck.

Gleichzeitig stehen wir vor großen kommunalen Aufgaben: Unsere Finanzen müssen stabilisiert, eine über Jahre vernachlässigte Infrastruktur erneuert und zentrale Zukunftsfragen beantwortet werden. All das prägt das politische Klima – auch hier vor Ort. Es beeinflusst, was wir priorisieren und worauf wir unseren Blick richten.

Schleichende, aber tiefgreifende Veränderungen wie der Klimawandel oder der demografische Wandel sind seit Jahren bekannt. Ihre Folgen sind längst spürbar. Dennoch werden sie immer wieder verdrängt – mit dem Hinweis, es sei noch Zeit oder man werde schon rechtzeitig eine technische Lösung finden. Wir GRÜNE kritisieren diese Haltung seit Langem. Leider müssen wir feststellen, dass sich diese Verdrängung nun auch ganz konkret in der Kommunalpolitik unserer Stadt widerspiegelt.

So ist es dem neuen Ratsbündnis unter Führung des Bürgermeisters und der CDU gelungen, in der Kooperationsvereinbarung das Wort „Klima“ kein einziges Mal zu verwenden

Fraktion Frauке Flottmann (Fraktionsvorsitzende), Christian Günther (Fraktionsvorsitzender),
Bernd Heistermann (stellv. Fraktionsvorsitzender), Monika Schulenburg, Ria Roth, Karl Stiefelhagen,
Sarah Janssen, Björn Borggräfe, Nihan Salgar

– in keiner Zusammensetzung. Der Begriff „nachhaltig“ taucht lediglich im Kapitel Finanzen auf. Das ist mehr als ein sprachliches Detail. Es ist ein politisches Signal – und ein äußerst bedenkliches.

Meine Damen und Herren, wir müssen befürchten, dass die Ratsmehrheit die notwendige Anpassung an den Klimawandel in den kommenden Jahren nicht mehr mit der erforderlichen Weitsicht und Konsequenz betreiben will. Welche Anzeichen gibt es dafür?

Seit der Wahl betreibt der Bürgermeister eine regelrechte mediale Kampagne gegen die Taktverdichtung der Stadtbahnlinie 66. Dabei wäre eine Kapazitätserweiterung im Berufsverkehr eine wirkungsvolle Maßnahme, um den klimaschädlichen Individualverkehr mit Verbrennerfahrzeugen zu reduzieren.

Im Jahr 2024 gab es rund 21.000 Auspendlerinnen und Auspendler sowie etwa 18.000 Einpendlerinnen und Einpendler von und nach Sankt Augustin. Ein beträchtlicher Teil dieser Menschen nutzt den öffentlichen Nahverkehr – insbesondere die Stadtbahn. Ihre Interessen müssen auch unsere Interessen sein.

Wer die Tieflage der Stadtbahn zur Voraussetzung für eine Kapazitätserweiterung erklärt, weiß sehr genau, dass diese Voraussetzung auf absehbare Zeit nicht erfüllt werden wird. Damit wird bewusst in Kauf genommen, dass das ÖPNV-Angebot nicht verbessert wird. Für uns GRÜNE ist die Kapazitätserweiterung der Linie 66 hingegen eine zentrale Säule unserer verkehrspolitischen Leitlinien.

Dazu gehört für uns ein ausgewogenes Miteinander von Bus, Bahn, Auto, Rad- und Fußverkehr. Jede Autofahrt, die durch einen attraktiven ÖPNV oder durch das Fahrrad ersetzt werden kann, ist ein Gewinn – für das Klima, für die Luftqualität und für die Lebensqualität in unserer Stadt. Diese Position werden wir auch weiterhin mit Nachdruck vertreten.

Sehr bedauerlich ist zudem, dass zahlreiche gute Konzepte, die die Verwaltung in der vergangenen Ratsperiode auf Anregung der damaligen Ampelmehrheit erarbeitet hat, nun offenbar in den Schubladen des Rathauses verschwinden.

Ich nenne hier exemplarisch das integrierte Klimaschutzkonzept, den Masterplan Mobilität, die Studien zum Umbau der B56 sowie das Konzept zur Neugestaltung der Hauptstraße in Niederpleis. Diese Vorlagen liegen auf dem Tisch. Sie sind fachlich fundiert und politisch diskutiert. Es fehlt nicht an Ideen – es fehlt am politischen Willen zur Umsetzung.

Auch weitere umweltpolitisch zentrale Themen finden im Haushalt 2026 kaum noch Beachtung: der Schutz der Artenvielfalt, die Entsiegelung von Flächen oder kühlende Elemente im öffentlichen Raum als Vorbereitung auf häufigere und extremere

Wetterereignisse. Klimapolitisch ist dieser Haushalt leider nicht weit von einer Nullnummer entfernt.

Lassen Sie mich nun zum zweiten großen Themenkomplex kommen, der ebenfalls nur mit einer langfristigen Strategie zu bewältigen ist: dem demografischen Wandel.

Für Sankt Augustin ergeben sich hier mehrere zentrale Herausforderungen. Zum einen wird die Zahl der Seniorinnen und Senioren in den kommenden Jahren deutlich steigen. Damit wächst der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum. Wir setzen gewisse Hoffnungen in die geplante Stadtentwicklungsgesellschaft. Allerdings müssen die entstehenden Wohnungen auch bezahlbar sein. Die Ablehnung des Haushaltsbegleitantrages zur Sozialbindung der SEG durch die Ratsmehrheit lässt Zweifel daran aufkommen, ob dieses Ziel ernsthaft verfolgt wird.

Zum anderen wird der Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand den bereits bestehenden Fachkräftemangel weiter verschärfen. Das betrifft nicht nur einzelne Branchen, sondern die gesamte lokale Wirtschaft.

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind daher nicht nur sozial- und familienpolitisch geboten, sondern auch ein zentraler Standortfaktor. Zuverlässige Kindertagesstätten sowie eine qualitativ hochwertige offene Ganztagschule und Ferienbetreuung sind ein wesentlicher Bestandteil kommunaler Wirtschaftsförderung.

Wenn – wie wir alle hoffen – Institute des DLR und Unternehmen wie Bechtle junge, gut ausgebildete Menschen nach Sankt Augustin ziehen, wird die Qualität der Kinderbetreuung noch stärker in den Fokus rücken. Wir müssen dafür tragfähige Lösungen finden – im Interesse der Kinder, der Eltern und der Träger. Dabei gilt es, Qualitätsstandards zu sichern, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern zu berücksichtigen und die Handlungsspielräume der freien Träger ernst zu nehmen.

Wer an Kindern spart, spart an der falschen Stelle – darüber sollten wir uns hier eigentlich einig sein.

Der Bürgermeister hatte allerdings im Haushaltsentwurf vorgeschlagen, die Erstattungen an die freien Träger pauschal um 6% zu kürzen. Durch Druck der Eltern, freien Träger, von GRÜNEN und SPD konnte dies abgewendet werden. Leider hat die CDU-Mehrheit gegen unser Votum aber darauf bestanden, eine Pilot-OGS in städtischer Trägerschaft zu konzipieren. Diese solle angeblich kostengünstiger arbeiten, als es die freien Träger können. Dieses Projekt schafft wieder Unsicherheit bei den in den OGS tätigen Fachkräften und den Eltern und ist Gift für die Schaffung von Verlässlichkeit.

Ich möchte nun noch ein paar Bemerkungen zum Thema finanzielle Nachhaltigkeit dieses Haushaltes machen. Die Stadt Sankt Augustin kommt um Sparmaßnahmen nicht

herum. Die lange Tradition von Haushalten, die die Schuldenlast immer weiter erhöhen, muss endlich beendet werden. Das darf unserer Meinung nach jedoch nicht einseitig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen.

Die grüne Fraktion hat deshalb zwei Anträge eingebracht, die die Verwaltung stärker in die Pflicht nehmen, intern und systematisch bei den eigenen Kosten nach Einsparpotenzialen zu suchen. Der erste Antrag sieht eine pauschale Reduzierung der Kosten der sogenannten Inneren Verwaltung um drei Prozent vor. Dazu zählen unter anderem Personal, IT und Öffentlichkeitsarbeit – insgesamt rund 250 Stellen mit einem Kostenvolumen von über 30 Millionen Euro.

Wo diese Einsparungen konkret realisiert werden, wollten wir bewusst der fachlichen Expertise der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter überlassen. Denkbar sind eine konsequente Aufgabenkritik, organisatorische Anpassungen, mehr Delegation, Prozessautomatisierung und Digitalisierung sowie Einsparungen bei Sachmitteln und externen Dienstleistungen. Auch die Kosten, die wir als Rat selbst verursachen, dürfen dabei nicht ausgeklammert werden. Unter Nutzung natürlicher Fluktuation und einer kritischen Überprüfung von Ausgabegewohnheiten halten wir drei Prozent für realistisch.

Der Bürgermeister und die Ratsmehrheit lehnen diesen Ansatz jedoch ab. Ich frage Sie: Sind drei Prozent wirklich zu viel verlangt? Den Bürgerinnen und Bürgern wurden in den vergangenen Jahren vergleichbare Einschnitte beim verfügbaren Einkommen regelmäßig zugemutet.

Unser zweiter Antrag betrifft den Stellenplan der gesamten Verwaltung. Bislang bleiben durch Ruhestand frei werdende Stellen im Stellenplan erhalten, ohne ihre Notwendigkeit grundsätzlich zu überprüfen. Wir schlagen vor, dieses Vorgehen umzukehren: Frei werdende Stellen sollen grundsätzlich mit dem Vermerk „kann wegfallen“ versehen werden. Nur bei überzeugender Begründung soll eine Wiederbesetzung erfolgen. Auch hier frage ich: Ist es zu viel verlangt, bei rund 10 Stellen pro Jahr eine nachvollziehbare Begründung vorzulegen?

Auch dieser Antrag wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt. Das ist bedauerlich.

Zusammengefasst können wir dem Haushalt 2026 daher nicht zustimmen. Er ist weder klimapolitisch noch sozialpolitisch noch finanzpolitisch nachhaltig.

Meine Damen und Herren, bei aller geäußerten Kritik möchte ich mich im Namen der grünen Ratsfraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, ihrer Führung sowie bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für ihr Engagement und die Zusammenarbeit bedanken.. Uns eint das Ziel, in schwierigen Zeiten das Beste für Sankt Augustin und seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erreichen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.